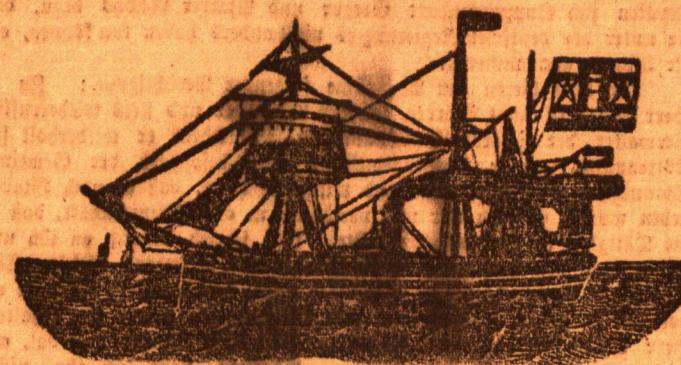


# Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung



Erste Ausgabe täglich morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnementssatz  
ca. 16 M. 50 Pf. mit Botenlohn 18 M.

Auswärtige  
abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für  
18 M. pro Quartal bei freier Zustellung.

Öffnungsstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr,  
außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung unveranlagt eingeforderte  
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Zusagen werden für den Raum einer Polands  
Satzzeile von Abonnenten mit 50 Pf.  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit 1 M. berechnet.  
Allemand für diese 2,75 M. Auswärtige 3,50 M. die Zeile  
Gesamter Betrag kann im Konturschiff, bei Einziehung des  
Rechnungsbetrages auf gerichtlichen Wege und außerdem dann  
verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Einführung  
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.  
Anzeigen, für die folgende Summe bestimmt:  
und spätestens bis vorm. 10 Uhr zu liefern.  
Telephonische Anzeigen ohne Gewähr für  
Richtigkeit.

Belag-Exemplare kosten 30 Pf.  
Die Gedenkdition ist geöffnet:  
An Wochenenden von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,  
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Gernsprechnummern: 26 und 28.

73. Jahrgang

Memel, Sonnabend, den 19. Februar 1921

M. 42

## Amerika und die Londoner Konferenz

London, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Die "Times" melden aus New York, daß eine neue Einladung der Alliierten an die amerikanische Regierung zur Entsendung eines Vertreters zur Londoner Konferenz vom Präsidenten erneut abgelehnt wurde. Ein Einspruch Wilsons gegen die Pariser Beschlüsse ist jedoch nicht erfolgt.

## Die voraussichtliche Aufnahme deutscher Gegenvorschläge

As. Berlin, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Die bevorstehende Londoner Konferenz beschäftigt die Entente-Presse sehr stark. "Central News" erklären, die Alliierten seien nach ernsthafter Prüfung zu einer Übereinkunft gekommen, daß Deutschlands Lage die zu der Pariser Entscheidung geforderten Bedingungen rechtfertige. Die Alliierten wären nicht in der Lage, die geforderten Beiträge herabzusehen. Nach weiteren Meldungen haben englische Regierungskreise in Erfahrung gebracht, daß Frankreich gemeinsam mit Belgien etwaige neue deutsche Pläne ablehnen wolle und die Möglichkeit von Zwangsmassnahmen ins Auge gefaßt habe. England soll, falls sich die endgültige Lösung der Entscheidungsfrage in London nicht bewerkstelligen läßt, eine neue Konferenz in Brüssel vorschlagen. Nach einer Mitteilung des belgischen Gesandten in Paris hat die französische Regierung mit der belgischen über ihre Stellungnahme in London konstatiert. Beide sind zu einer Übereinstimmung gekommen.

\* Berlin, 18. Februar. (Tel.) Von der Reparationskommission wurden der deutschen Regierung in den letzten Tagen Schadensberechnungen des größten Teiles der Ententestaaten gemäß Artikel 22 des Friedensvertrages zur Ausführung überland. Der Wert der Berechnungen ist für die nächsten Tage angekündigt. Aufgrund dieser Berechnungen beabsichtigt die Reparationskommission dem genannten Artikel bis zum 1. Mai die Gesamtkommission der von Deutschland zu erlegenden Schäden festzustellen. Sie stellt der deutschen Regierung für die Ausführung kurzfristige, die bei dem Umfang des Materials und dem Fehlen ausreichender Unterkünfte unmöglich eingeschalten werden können. Der Reparationskommission wurde eine entsprechende Erklärung abgegeben.

## Die englischen Arbeiter gegen die von Deutschland geforderte Entschädigung

\* London, 18. Februar. (Tel.) Der Parlamentsausschuss des Gewerkschaftskongresses und der Volksaufstand der Arbeitspartei veröffentlichten ein gemeinsames Manifest, worin zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland forderte Entschädigung nicht genehmigt werden könne, auf Grundlage der Erwähnung des Beitrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Schäden wieder gutmachen. Die Rechnung sei jedoch gestiegen durch die Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstands gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwähnung der Entschädigungsfordering, sondern auch eine Änderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Zentral Europa und Rußland.

## Italien verzichtet auf den § 18

As. Rom, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Das dem Grafen Sforza unterliegende Neapeler "Giornale de la Sera" veröffentlicht die Nachricht, Italien werde in London beantragen, daß alle Verbündeten nach dem Vorgehen Belgiens an den § 18 des Versailler Vertrages verzichten. Der Wunsch Italiens sei, die Handelsbeziehungen mit den bestegsten Nationen zu erleichtern.

\* Rom, 17. Februar. (Tel.) Wie die Blätter melden, wird Italien auf der Londoner Konferenz durch den Grafen Sforza, den Schatzminister Meda und den italienischen Botschafter in London Martinio vertreten sein.

## Rußland nicht nach London eingeladen

\* London, 17. Februar. (Tel.) Im Unterhause fragte Kennibrough, ob Rußland eingeladen worden sei, Vertreter zu der Konferenz für die Fragen des nahen Ostens nach London zu senden. Lloyd George erwiderte, die russische Regierung sei im Sommer zu einer Konferenz mit den Alliierten eingeladen worden, um alle schwebenden Weltfrieden beruhrenden Fragen, die Russland angehe, zu regeln. Da jedoch die Annahme dieser Einladung seiner Zeit den Stillstand der siegreich in Polen vordringenden Russen mit sich geführt haben würde, lehnten die Russen die Einladung drücksterweise ab. Lloyd George sagte, wir haben nicht die einzige Einladung für die Konferenz zu erneuern.

## Eine amerikanische Liebesgabe an Deutschland

\* Köln, 17. Februar. Die "Kölner Volkszeitung" meldet, Erzbischof Schulz habe vom Erzbischof von Mondelein in Chicago ein Telegramm erhalten, daß eine Liebesgabe von 30 Millionen und mehr für die Notleidenden in Deutschland gesammelt werden. Gleichzeitig fragte der Erzbischof an, ob die Reichsregierung erforderliche Schiffsräume stellen könne. Sowohl der Reichsminister als auch der Reichsvermögensminister haben dem Erzbischof unsere Anerkennung der charitativen Großtat der Katholiken Nordamerikas telegraphisch mitgeteilt und wissen lassen, daß der erforderliche Schiffsräum zur Verfügung gestellt werden soll.

## Wilson's Gesundheitszustand

\* Paris, 17. Februar. (Tel.) Nach einer Meldung aus Washington verließ Wilson heute zum ersten Male das Weiße Haus zu Fuß, um sich zu einer Sitzung des Ministerrates zu begeben. Der Präsident ist sehr gealtert.

## Die Danziger Militär-Mandatsfrage

\* Brüssel, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Die "Daily News" erfahren aus Genf, daß bei der kommenden Konferenz des Völkerbundes die Danziger Frage erneut besprochen werden möge. Die Franzosen befürworten immer noch, den Polen ein Militärmmandat für die Verteidigung der Freien Stadt Danzig zu geben. Das Blatt führt hinzu, daß das praktisch genommen die Annexion von Danzig bedeuten würde.

\* Warschau, 18. Februar. (Poln. Pressedienst) Der polnische Bevollmächtigte bei der interalliierten Aufteilungskommission der Staatsgüter in Danzig, gewesener österreichischer Minister, Dr. Georg Madejski, ist nach Danzig abgereist. Zur Aufteilung gelangen u. a.: das ganze Festungsterrain einschließlich Weichselmünde, Plehnendorf, Alt-Schottland, der kleine und große Übungsparks und die Schießplätze, sowie elf Kasernen in Danzig und im neuen Hafen, die Kaserne, Munitionshäfen, Waffenfabrik, das Gebäude des Generalstabs, des Regierungspräsidiums, des pommerischen Oberpräsidiums, der Eisenbahndirektion, des Politechnikums und des technischen Gymnasiums, ferner das alte Arsenal, das Justizpalais, alle Postgebäude, das Gebäude des Polizeipräsidiums, der Intendantur, der Kriegsschule, der Soldatenkasse, weiter die Eisenbahnwerkstätten und eine Reihe kleinerer Objekte. Als Vertreter Englands fungiert bei der Aufteilungskommission Karr, seitens Frankreichs wurde der bekannte Eisenbahn-Dachmann Lefèvre delegiert.

\* Warschau, 17. Februar. (Poln. Pressedienst) Die Eröffnungs-Sitzung der gewünschten polnisch-Danziger Kommission unter dem Vorsitz des Botschafters Pluciński, hat heute stattgefunden. Danzig ist durch die Senatoren Jewelowski und Schwarze vertreten. Vertreten wurden die technischen Einzelheiten der polnisch-Danziger Konvention.

## Die Rigaer Friedensverhandlungen

### Polens entschlossene Haltung

\* Warschau, 18. Februar. (Poln. Pressedienst) Der polnische Finanzminister Steczkowski, der vor ein paar Tagen nach Riga an den Friedensverhandlungen abgereist ist, wurde mit weitgehenden allgemeinen Vollmachten ausgestattet. Wie verlautet, ist die polnische Regierung fest entschlossen, energische Maßnahmen gegen weitere Verlängerung der Verhandlungen seitens der Sowjetregierung und zwecks baldigen Friedensschlusses anzuwenden.

### Der Transportweg der Wilna-Truppen

\* Basel, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Nach einer "Havas"-Meldung sollen die für das polnisch-litauische Abstimmungsgebiet bestimmten internationalen Truppen im Falle, daß die Schweiz den Durchtransport definitiv verweigern sollte, auf anderen Wegen befördert werden.

## Die deutschen Holzlieferungen an die Entente

\* Berlin, 18. Februar. (Priv.-Tel.) Bei den letzten Verhandlungen über die Holzlieferungen mit der Entente, die bekanntlich abgebrochen wurden, hat die Entente für bestes Schnittholz 180 Francs für den Kubikmeter, d. h. rund 800 M., und für Rundholz 70 Francs für den Meter frei Grenze, also rund 280 M., geboten. Diese Preise untersteigen laut "Holzwelt" die Bewertung des Holzes am Weltmarkt und die deutschen Selbstkosten soweit, daß Deutschland in Bezug auf Holz die Kriegsschuld doppelt zahlen müßte.

### Englische Kontrolle der deutschen Ostseeschifffahrt

\* Berlin, 18. Februar. (Tel.) Laut "Ost-Aus."-Meldung aus Siettin setzte die Entente-Kommission, die ausschließlich aus Engländern besteht, die Untersuchung der nach Osten abfahrenden Dampfer fort ohne Rücksicht auf die Bollardierung. Die Kommission erkennt die amtliche Bollardklärung nicht an. Sie verlangt, daß in Zukunft ein Verzeichnis über sämtliche ein- und auslaufenden Schiffe geliefert wird.

## Für eilige Leser

Die Danziger Militärmmandatsfrage soll erneut im Völkerbund besprochen werden.

Die litauische Regierung telegraphierte der Plebisizitkommission des Völkerbundes ihre Ansichten über das Plebisizit.

Im bayerischen Landtag beantwortete der Ministerpräsident Interpellationen betreffend die Haltung der bayerischen Regierung zu den Partei-Befreiungen.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, daß Aufstand zur Londoner Konferenz nicht eingeladen sei.

Die englischen Gewerkschaften sprechen sich in einem Manifest gegen die von Deutschland verlangte Entschädigung aus.

## Litauens Ansicht über das Plebisizit

\* Kowno, 17. Februar. (Tel.) (Lit. Tel.-Ag.) Die litauische Regierung telegraphierte sieben ihre Ansichten über das Plebisizit an die Plebisizitkommission des Völkerbundes. Folgendes sind die Hauptpunkte:

Juridisch gehört das Territorium, wie im Moskauer Friedensvertrag vom 12. Juli 1920 festgelegt, zu Litauen; auch der Rigaer Friedensvertrag zwischen Sowjetrussland und Polen hat daran nichts geändert. Um aber friedlich und endgültig den polnisch-litauischen Streit zu lösen, ist Litauen zu einem Plebisizit unter dem Völkerbund bereit, sofern Verwicklungen mit Sowjetrussland vermieden werden können.

Territorien, wo ein Plebisizit stattfinden kann, sind:

Gouvernement Wilna: nördliche Abgrenzung: Von der deutschen Grenzlinie vom 8. Dezember 1919—Niemenfluss—Drusti—ninkai—Drusy—Bastuny—Molodeschi, hier nördlich bis zur Düna, Südliche Abgrenzung: Durch die Grenze Wigryse—Bialystok—Bielsk—Kamenec—Litewsk—Wigowowskije—Nordlich nördlich zur Düna. Wilna als nationales, religiöses, politisches und wirtschaftliches Zentrum Litauens soll ohne Plebisizit bei Litauen bleiben.

Gouvernement Grodno: Da es nie zu Polen gehört hat, von einem litauischen Stamm bewohnt wird und mehrmals Angliederung an Litauen verlangt hat, ebenfalls Abstimmung.

Gouvernement Suwalki: Da die Demarkationslinie vom 8. Dezember 1919 nur provisorisch und der Streit anders nicht lösbar ist, auch hier Abstimmung und zwar möglich dieser Art.

Abstimmungsmodus: Da die Abstimmung nicht ohne Ortsverwaltung möglich ist, sollen die polnischen Militärbefehlshörden, die fast drei Jahre hier gewesen sind, durch eine litauische Verwaltung ersetzt werden. Das Wahlrecht ist allgemein, geheim und direkt von 21 Jahren an. Frauen haben Stimmrecht. Keine Überwahl; fristlose acht Monate nach Abzug der polnischen Truppen. Die litauische Regierung verlangt die Möglichkeit, die dreijährige polnische Propaganda neutralisieren zu können.

### Wechsel der litauischen Vertretung beim Völkerbund

\* Kowno, 18. Februar. (Tel.) (Lit. Tel.-Ag.) Der Präsident der litauischen Republik hat das Rücktrittsgesuch des litauischen Vertreters beim Völkerbund Prof. Woldemaras, genehmigt und an seine Stelle den Finanzminister Galvanauskas ernannt.

\* Kowno, 18. Februar. (Tel.) (Lit. Tel.-Ag.) Im Zusammenhang mit der Behandlung des polnisch-litauischen Konfliktes in der Sitzung des Völkerbundsrates in Paris begibt sich der finnische Minister des Außenrs. Klimas morgen nach Paris.

### Ein neuer Oberbefehlshaber in Mittellitauen

\* Kowno, 18. Februar. (Tel.) (Lit. Tel.-Ag.) Eine angekündigte Nachricht soll anstellen des Generals Zeligowski der polnische General Scheptycki, der bei der ersten Okkupation Ost-Litauens Oberbefehlshaber der polnischen Truppen war, ernannt werden.

\* Warschau, 17. Februar. (Poln. Pressedienst) Hauptmann Prusior, Adjutant des Generals Zeligowski, ist in Warschau zwangsweise Beratung mit maßgebenden Persönlichkeiten angelangt.

## Zur Anerkennung Litauens durch Lettland

wird aus Riga noch berichtet: Anlässlich des dritten Jahresfestes der Unabhängigkeit Litauens, der in Kowno feierlich begangen wurde, hat der lettändische Gesandte Vandrewitsch der litauischen Regierung eine Urkunde, enthaltend die Anerkennung Litauens de jure, seitens Lettlands überreicht. Die "Lett. Tel. Ag." schreibt dazu: "Dieser Schritt ist von der lettändischen Regierung im Einvernehmen mit der Konstituante unternommen worden, möge er dazu beitragen, die freundlichsten Beziehungen mit dem Nachbarstaat zu festigen. Der Schritt ist für beide Staaten von so weittragender Bedeutung, als Lettland der erste Staat ist, der Litauen als zu Recht bestehend anerkennt."

### Litauens und der Landstaatenbund

In der Sitzung der litauischen Konstituante am 4. Februar erklärte der litauische Außenminister Purisski u. a., daß Litauen bereits auf der letzten Konferenz der baltischen Staaten erklärt habe, daß von einem lebens- und kraftstarken baltischen Bunde nicht eher die Rede sei könne, als bis Polen seine aggressive Politik Litauen gegenüber aufgegeben und alle Streitfragen zwischen beiden Ländern gellert seien.

Die lettändische Regierung hat das auf der Konferenz in Helsingfors durch die Abgeordneten der baltischen Staaten ausgearbeitete Abkommen über die Organisation eines Zentral-Eisenbahnbüros aller an der Konferenz beteiligten baltischen Staaten unterzeichnet. Der Sitz dieses Büros wird Riga sein. Die Ernennung des Direktors wird nach Unterzeichnung des Abkommens durch die anderen baltischen Staaten erfolgen.

### Schlechte kommunistische Aussichten in Amerika

Über die Aussichten auf eine Revolution in Amerika hat der amerikanische Jurist und Gewerkschaftsführer Martens, in Riga in der russischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten, laut dem in den nächsten zwei Jahren dort auf eine Revolution unter den Arbeitern nicht zu hoffen sei. Die amerikanischen Arbeiter, auch die Neger, sollen Erwerbsverluste bis 10.000 Dollars gemacht haben. Das Fallen der Warenpreise schwächt die Unternehmer, aber nicht die Arbeiter.

## Deutscher Reichsrat

### Die Erhöhung der Postgebühren

\* Berlin, 17. Februar. In der Reichsratsitzung wurde heute der Entwurf einer Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung angenommen. Dadurch werden die Demobilisierungsaufschüsse in den einzelnen Gemeinden und die Demobilisierungskommissionen aufgehoben.

Daraus wird das Gesetz über Postgebühren dahin abgeändert, daß das Porto für den einfachen Brief 60 Pf., für Postkarten 40 Pf. betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollten für den Brief über 20 Gramm 120 Pf. erhoben werden. Die Aufschüsse des Reichsrats haben eine Mittelsumme von 1 M. für Briefe im Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingeführt. Briefe über 100 Gramm sollen 150 Pf. kosten. Den Wünschen der Postkartenindustrie ist man entgegengekommen, als man eine Bestimmung angenommen hat, wonach Postkarten gleichwie Reisepostkarten zum Drucksachenporto befördert werden können, wenn sie nicht mehr als fünf Worte enthalten und außerdem nur den Namen des Absenders enthalten. In einem weiteren Gesetz wird der Reichsminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Beleihungen des Madrider Weltpostkongresses hinsichtlich der Postgebühren, so wie im Jahre 1921 in Kraft zu setzen. Das Gesetz über Aenderung der Telegraphengebühren erhöht die Postgebühr auf 30 Pfennig und sieht für Telephonie eine Mindestgebühr von 5 Pfennig vor. Weiter wird noch die Postordnung bezüglich der Nebengebühren im Sinne einer Erhöhung dieser Gebühren abgeändert. Hierzu ist kein besonderes Gesetz erforderlich, sondern nur der Verwaltungsweg mit Zustimmung des Reichsrats. Schließlich erledigte der Reichsrat noch die beiden Eisenbahnen für 1920 und 1921. Während der Etat für 1920 noch mit einem Defizit von 16,2 Milliarden rechnet, ist dieses für 1921 infolge der durch die Taxierung zu erwartenden Vereinbarungen nur noch auf 6 Milliarden erachtet. Ministerialdirektor Sack bestätigt aber, daß dies nur für den ordentlichen Etat gelte. Auch für 1921 würde wohl zusammen mit dem außerordentlichen Etat mit einem Gehalt von 11,7 Milliarden gerechnet werden müssen.

### Das Defizit der Großberliner Kriegswirtschaft

\* Berlin, 18. Februar. (Prin.-Tel.) Eine Übersicht über die Großberliner Kriegswirtschaft, das heißt die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsgüter durch die einzelnen Gemeinden Großberlins, schließt der "Dtsch. Allg. Blg." auf, am 31. März 1921 mit einem Gehalt von 442,5 Millionen Mark ab.

### Direkter Zugverkehr Warschau-Berlin-Paris-London

\* Warschau, 18. Februar. (Poln. Pressed) Der direkte Zug Warschau-Posen-Berlin-Paris ist heute zum ersten Male abgeföhrt. Er führt auch direkte Wagen Warschau-Bрюssel und Warschau-Ostende mit Anschluß nach London über Dover. Der bisher verkehrende Zug Warschau-Paris über Prag bleibt weiter bestehen.

Der wilde Eisenbahnerstreik in Polen beschrankt sich nur auf die Warschauer Bahnhöfe. Der Eisenbahnamtsherr hat alle Streikenden mit sofortiger Gültigkeit entlassen, mehrere Führer wurden verhaftet. Der Zugverkehr ist durch den Streik nicht berührt, nachdem die polnische Eisenbahnerorganisation sich mit den Streikenden nicht solidarisiert und alle von der Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen ausgeheissen hat.

In Posen findet in der Zeit vom 28. Mai bis 5. Juni d. J. eine Industrie- und Handelsmesse statt. Anmeldungen nimmt entgegen Städtisches Messeamt in Posen. Neues Rathaus. Viele ausländische und vornehmlich deutsche Firmen haben für sich bereits Ausstellungsräume gesichert.

### Das Parlament der Republik des fernen Ostens

\* Moskau, 17. Februar. In die Verfassungsgesetzende Versammlung der Republik des fernen Ostens wurden endgültig 42 Deputierte gewählt. Die Wahlen erstreckten sich auf das ganze Gebiet von Sibirien bis zum Stillen Ozean. Von den Deputierten sind 70 Prozent Bauern. Die übrigen verteilen sich wie folgt: Burjaten 20, Kommunisten 147, Sozialrevolutionäre 20, Menschisten 40, Abgeordnete. Unter den Deputierten befindet sich eine Frau, die in der Liste der Gewerkschaftsverbände von Blagojewoschtschensk durchfiel. Die Versammlung wurde am 12. Februar eröffnet. Das Präsidium soll aus neun Personen bestehen. Die Kommunisten beanspruchen den Posten des Vorsitzenden.

### Ein Telegramm Mustapha Kemals an den Großwesir

\* Paris, 18. Februar. (Tel.) Nach einer "Havas"-Meldung aus Konstantinopel wurde dort das erste Telegramm Muṣṭafā Kemal an den Großwesir veröffentlicht. Darauf wird gesagt: Ein wichtiges Ergebnis könne in London nur erzielt werden, wenn die türkische Delegation durch die Nationalversammlung von Angora bestimmt sei. Die türkische Regierung in Konstantinopel könne Berater für diese Delegation bestimmten, die Auflösungen und Belege zur Befreiung der Rechte und Befreiungen des türkischen Volkes bringen könnten. Im Falle einer Begegnung der türkischen Regierung werde die Nationalversammlung von Angora in voller Freiheit handeln. Die Verantwortlichkeit für diese Begegnung werde von der Regierung von Konstantinopel getragen werden müssen.

Nach einer weiteren "Havas"-Meldung aus Konstantinopel riefste der vormalige Präsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenhkeiten Reşat Ahmet Bey nach Paris ab. Er erhält den Auftrag, mit der Delegation der nationalistischen Regierung Angoras sich in Verbindung zu setzen und zu versuchen, eine Begegnung zwischen der Konstantinopeler Delegation und der Kemal-Paşa-Diktatur herbeizuführen.

### Neues vom Tage

Große Kriegsmaterialablieferungen von Pommern nach Polen  
\* Berlin, 18. Februar. (Tel.) Nach einer Plakatmeldung aus Stettin wurde in Posen an der Grenze Pommerns nach Polen ein rumänischer Händler festgenommen, der in Gemeinschaft mit einem Steuerfahrt verfuhrte. Große Mengen Heeresmaterial nach Polen zu verfrachten. Wie die "Pomm.-Brem. Zeitung" berichtet, handelt es sich um Werte von vielen Millionen, darunter 50 Flugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre, Scherenfernrohre, 100.000 Militärausrüstungsstücke usw. Weiter wurde in Breslau ein Betrieb verhaftet, der 18 Maschinengewehre über die Grenze nach Polen verschoben hatte.

### Der Doppelmord auf Schloß Nevelsdorf

Die völlige Aufklärung des geheimnisvollen Doppelmordes auf Schloß Nevelsdorf bei Lüben im Schlesien an der 18-jährigen Dorothea Möhrbein und der 12-jährigen Ursula Schade steht bevorzuheben. Der 41 Jahre alte Richter Peter Gruppen steht unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft. Aus Briefen, die man bei der entdeckten jugendlichen Gutsbesitzerin vorfand, ergab sich, daß Gruppen die 18-jährige Dorothea mit Heiratsanträgen verfolgt hatte, aber sie von dem Mädchen abgewiesen worden war. Um sich nun nach den hartrückigen Abweisungen des jungen Mädchens doch in den Besitz des Gutes und des Vermögens zu bringen, hat Gruppen aller Wahrscheinlichkeit nach den Mord und Selbstmord inszeniert. Gruppen hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich, und er hat sich fast nur durch Schwierigkeiten über Wasser gehalten. Er hat nur einen Arm.

### Ein "Verbindungsloser"

\* Berlin, 18. Februar. Bei dem Wohlhaber Klein in Knobhausen, der der Steuerbehörde gegenüber angegeben hatte, daß er vermögenslos sei, wurde, wie dem "Tageblatt" aus Rastatt berichtet wird, durch eine Streife des Landesjägerkorps eine Haftbefehlung vorgenommen. Man fand dabei 80.000 Mark in Begriff und 30.000 Mark in Goldschmiedearbeiten. Das Geld wurde für die Staatskasse beschlagnahmt.

## Der Brief des Dr. Gaigalat

### Eine Erklärung des Superintendenten Gregor

An die Schriftleitung des "Memeler Dampfschiff".

In der Nr. Ihres Blattes vom 16. d. Monat findet sich die deutsche Übersetzung eines in einer litauisch-amerikanischen Zeitung abgedruckten Briefes von Dr. Gaigalat, und darin folgende auf mich bezügliche Sätze: 1. Den Pfarrer Volies aus Wannagan Kr. Memel, der lange Jahre hindurch als Missionar in Indien gewesen ist und der jetzt öffentlich die Abtrennung der Kirche befürwortet, setzte der Superintendent Gregor vom Amt ab, aber auf den Protest der Kirchspielsleute blieb Pfarrer Volies auf seiner Stelle.

2. In der letzten Versammlung der Memeler Kreissynode bekannten sich Superintendent Gregor und Pfarrer Reiters dazu, daß sie unter der deutschen Regierung es nicht anders haben tun können, als die Litauer germanisieren.

Ich bitte hierzu um Aufnahme folgender Verichtigung: Zu 1) Herr Volies ist nicht Pfarrer, sondern Missionar und stets wiederholt sich Verwalter der Pfarrstelle Wannagan. Nachdem er wiederholt für Abtrennung unserer Kirchengemeinden und besonders der Gemeinde Wannagan eingetreten war und mitgeteilt hatte, daß er nach Litauen gehen würde, eingingen wir uns persönlich in aller Freundschaft, daß er die Tätigkeit in W. aufzugeben sollte. Ich schrieb darauf an ihn und schlug ihm den Austritt zum 1. Oktober vor. Jegend welcher Einspruch der Gemeindemitglieder erfolgte nicht, im Gegenteil, ich habe oft von dieser Seite Beschwerden und Mitteilungen gegen ihn erhalten. Herr Volies befand sich aber, ging nicht nach Litauen und bat, auf seiner Stelle bleiben zu dürfen. Abgelehnt habe ich ihn nicht, dazu hatte ich kein Recht. Ich habe auch keinen Antrag gestellt, sondern nur pflichtgemäß die Tatsachen und die Absicht seines Ausscheidens der Behörde mitgeteilt. Da Volies und seine Familie mir leid taten, schlug ich telegraphisch und schriftlich vor, ihn in W. zu belassen, falls er sich verpflichte, nichts mehr gegen die Landeskirche zu tun. Er unterzeichnete dem Herrn Generalsuperintendenten gegenüber am 31. August 1920 eine Erklärung, daß er für die Zukunft eine kündliche Politik im geheimen zu führen oder öffentlich gegen die Landeskirche zu agitieren, nicht im Sinne habe. Daraufhin ließ ihn die Behörde in seiner jetzigen Stellung. Er hat seitdem dies Versprechen gehalten.

Dies ist der altenmäßige Gang der Sache. Volies hat also mit allein sein weiteres Verbleiben im Amt zu verdanken. Und daraus macht Dr. Gaigalat, ich hätte ihn abgesetzt und die Gemeinde hätte Einspruch erhoben! Ich bedaure hinzuzufügen zu missen, daß Dr. Gaigalat den wahren Sachverhalt wußte.

Zu 2) Reiters und ich sprachen von unserer früheren Gemeinschaft als Ortsfürsorger vor der Gesetzgebung und den Auordnungen der preußischen Regierung gegenüber. Von unserem geistlichen Amt war nicht die Rede. Da hat niemand behaupten können, daß wir germanisierten. Auch dies mußte Herrn Gaigalat bekannt sein.

Auf den übrigen Inhalt des Gaigalatschen Briefes gebe ich nicht ein, weil ich mich als Kirchenmann nicht in die Politik einmischen will. Zu dem gegen mich persönlich gerichteten verleumderischen Vorwurf durfte ich aber nicht schwigen.

Gregor, Superintendent.

### Staatsrat für das Memelgebiet

(Wollfahrt vom 12. Februar 1921)

(Fortsetzung des Berichts aus der Beilage)

Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins um Erhöhung der Mieten

Staatsrat Staaß teilte mit, daß der Haus- und Grundbesitzerverein eine Spende an den Präfekten gerichtet habe, für den ein Beitrag von 100 Prozent auf die Mieten als angemessen bezeichnet wurde. Eine weitere Spende erläutert, daß 100 Prozent nicht mehr ausreichen und das Bruttoeinkommen von 200 Prozent um mehr erforderlich seien, wenn auch nur die nötigsten Reparaturen und die inzwischen ganz bedeutend gestiegenen Kosten, Verwaltungskosten und sonstigen Aufgaben des Grundbesitzers berücksichtigt werden sollen. Bei größeren Reparaturen müsse die Verteilung der entsprechenden höheren Kosten unter die Mieter umgeordnet werden. Wenn beabsichtigt werde, die Hausbesitzer zu Rentkonten anzuregen, so müßten ganz besondere Erleichterungen geschaffen werden. Es wird in dieser Beziehung auf den vor einigen Tagen im "Memeler Dampfschiff" veröffentlichten Artikel aus dem "Solamente" verwiesen, in dem u. a. der Plan von billigen Holzhäusern befürwortet wird.

Der Vorstand der Dtsch. Gesellschaft für die Erhaltung der Sache einer Kommission zu überweisen. Es stehen an dieser Frage verschiedene weitere Schreiben von Mitgliedern, Vermögensbund usw. vor.

Staatsrat Dr. Grabow teilte mit, daß inzwischen Verbündungen zwischen Mieter und Vermieter aufgestellt, um eine Basis zu finden. Vor Abschluß der Verhandlungen habe es wohl keinen Zweck, über diese Frage zu beraten. Die Kommission verhandelt zunächst unter Vorstufe von Stadtrat Levinsohn für die Stadt Memel. Auch die Kommission VII des Stadtrats für Wohnungswesen habe sich auf den Standpunkt gestellt, diese Frage zu vertagen.

Staatsrat Nassthal teilte mit, daß die Handelskammer eine Einschätzung gefaßt habe, in der sie grundsätzlich eine Miete von 100 Prozent ablehne, da eine solche unzulässig und fehlerhaft sei.

Landesdirektor Reiters: Die Kommission wird sich weiter mit der Angelegenheit befassen, was außerordentlich notwendig ist. Er sei dafür, daß die Kommission beauftragt werde, bis zur nächsten Sitzung eine diesbezügliche Vorlage vorzulegen.

Staatsrat Hilpert: Die Wohnungscommission hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt. Als Vertreter der Hausbesitzer kann ich mich nur mit den Miethäusern einverstanden erklären.

Es wird einstimmig beschlossen, die Angelegenheit an die Wohnungscommission zurückzutun.

Mietseinsigungssämtler im Memelgebiet.

Staatsrat Randel erklärte, er habe vor einiger Zeit im Staatsrat einen Antrag eingebracht, in dem einzelnen Gemeinden Mietseinsigungssämtler errichtet. In der Kommission VII wurde darüber berichtet, daß der Antrag erfüllt sei. Der Antrag Randel, den die Kommission zu ihrem Beschuß mache, lautet:

§ 1. In den Amtsbezirken der Kreise sind sofort Mietseinsigungssämtler durch den Kreisausschuß zu errichten, soweit nicht Mietseinsigungssämtler in den Gemeinden bereits bestehen. Den Vorstufen führt ein vom Kreisausschuß zu mählender Beamter der Kreisverwaltung, der nicht die Verwaltung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst zu bestehen braucht.

§ 2. Für diese Mietseinsigungssämtler gelten die bisherigen Vorschriften der Mietseinsigung und Wohnungswirtschaft.

§ 3. Es ist außerdem eine besondere Verordnung über Mietseinsigung und Wohnungsmangel auf dem Lande zu erlassen.

§ 4. Die Kosten der Mietseinsigungssämtler trägt der Kreisverwaltung.

Als Mithilfen für die zu § 3 zu erlassende besondere Verordnung für das Land werden empfohlen:

mit der Mieter auf Grund der Entscheidung verpflichtet, die Wohnung zu räumen, so aber nur dann, wenn ihm innerhalb der Gemeinde eine andere Wohnung nachgewiesen wird, welche in gesundheitlicher und baupolizeilicher Beziehung einwandfrei ist und keinen familiären Verhältnissen in Bezug auf Kinderzahl und Geschlechter entspreche. Die Entscheidung über vorstehende Verhältnisse trifft das Mietseinsigungssämtler im Zusammenspiel des Kreisrates und des Herrn Kreisbaumeisters. In dieser Zusammenarbeit erhält das Mietseinsigungssämtler die Bezeichnung "Wohnungsge sundheitskommission".

§ 5. Beabsichtigt ein Besitzer Baustile fehlt, welche bisher zur Unterhaltung von Menschen verwendet wurden, so muß er dazu die Erlaubnis des Mietseinsigungssämtlers einholen.

Dieses entwölft unter Einsichtnahme des Herrn Kreisbaumeisters, ob die Wohnung noch auf Wunsch des Mieters den Bedürfnissen entspricht oder ob ein anderer Platz, mit dieser Möglichkeit gegeben, so ist die entsprechende Wohung auf dem Lande grundätzlich zu verlegen.

§ 6. Ist der Besitzer nicht in der Lage, die entsprechenden Kosten zu tragen, so muß ihm aus öffentlichen Mitteln kommunale, kreisstaatliche, Gebühren eventuell auf eine gemeinsame Basis zur Verfügung gestellt werden.

§ 7. Die Wohnungs-Gesundheitskommission ist verpflichtet, Anträge von Mietern an sie zu legen, welche eine Befreiung von Wohnung verlangen, weil dieselben nicht den baupolizeilichen und gesundheitlichen Bestimmungen entsprechen, dieselben an Stelle zu richten.

§ 8. Die entstehenden Kosten für das Mietseinsigungssämtler und die Wohnungsge sundheitskommission trägt der Kreisverband.

Die Wohnungsnot herrscht, so führt der Antragsteller nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande. Eine große Zahl von Bürgern habe zahlreiche Ansprüche, die auf den Gütern selbst beziehungen gefunden haben, aber nicht in der Lage seien, sie zu erfüllen, weil keine Wohnungen zur Verfügung stehen. Die Baulücken für Pendler sind zum größten Teil garnicht durchsetzt, sondern sie geben dem Beruf entgegen und es muß etwas getan werden, um sie zu erhalten. Diese sind für Stadt und Land für das ganze Gebiet geltend gemacht, aber trotzdem, bis zur Errichtung der Wohnungsnot auf dem Lande Mietseinsigungssämtler einzurichten.

Staatsr. Baldus erklärt, Randal widersprechen zu. Die Wohnungsnot auf dem Lande sei nicht so groß, wie sie Randal schreibt habe. Es wäre sehr interessant, die Zahlen, wie sie Randal schreibt habe, einzusehen. In einzelnen Gemeindewortherstellern befindet sich, zu erfahren, wie er glaubt, eine ganze Reihe leerer Wohnungen heraus. In meiner Gemeinde standen fünf Wohnungen leer, heute noch drei. Der Redner bezweifelt, daß durch Zwangseinrichtung eine Befreiung herankomme. Er sei nicht für radikal befreit, aber neue Zwangseinrichtungen aufzurichten.

Staatsr. Brobatts schließt sich dem Vorredner an. Da aus den Wohnungen herauszuziehen wünsche, sei nur in wenigen vorgekommen. Auf das Land seien viele gekommen, die in keiner Belebung fanden. Werde das nun wieder ungewöhnlich, so werden mehr und mehr Wohnungen leer stehen. Der Redner bestreitet, daß durch Zwangseinrichtung eine Befreiung herankomme. Er sei nicht für radikal befreit, aber neue Zwangseinrichtungen aufzurichten.

Staatsr. Korteks: Die beiden Redner müssen glauben, daß sie so viele Wohnungen zur Verfügung haben. Wenn das der Fall wäre, würde man an diesem Antrag nicht gestimmt. Wie er glaubt, daß auch im Kreis Hohenstein ein Mann Wohnungen bestellt, so habe er auch im Kreis Poggenburg eine Reihe Fälle zu verzeichnen, daß man keine Wohnungen bekommen können. Wir haben verheiratete Leute, wo die Frau der Mann zu ihren Eltern wechselt sind, weil sie keine Wohnung bekommen können. Wir haben Fälle, wo mehrere Familien zusammenwohnen. Auf die Unterförsterei kommen immer wieder Leute mit Gesuchen und bitten, so das Bräutigam ihrer garnicht mehr ernsthaften kann. Auch in Bezug auf die Bauten wird freilich viel geschildert. Es sind einige wenige, wo man die Leute hineingebracht hat. Schon in der Volksschule müssen die Mietseinsigungssämtler in kleinen Einheiten errichtet werden, ansonsten, um an Ort und Stelle einzurichten.

Staatsr. Reißiges erklärt, auch einer von den Gütern, die in der Nähe leer stehen, ebenso Staatsr. Wenn an mehreren Stellen Wohnungsnot herrsche, so ist der Grund, die Vorlage anzunehmen. Dann sollten wir die leeren Wohnungen verwenden. Viele seien auch selbst auf Mietseinsigungssämtler in dem Haus vergraben.

Präsident Altenberg erklärt für das Landesdirektorat die Sache selbst bisher nicht durchgearbeitet habe werden kann. Antrag sei erst der letzten Sitzung vorgelegt worden. Es müsse darauf gelesen werden, daß schon bisher in der Stadt und in Gemeinden Mietseinsigungssämtler bestehen. Es müsse darüber gefragt werden, daß diese Mietseinsigungssämtler sich nicht wenn eine solche gesetzliche Regelung erfolgen sollte.

Staatsr. Baldus erklärt, es ist gesetzlich festgelegt, daß ein Einwohner nicht ohne weiteres herausgezogen werden darf, wenn eine andere Wohnung nachgewiesen wird.

Staatsr. Weisel: Man muss feststellen können, aus welchem Grund eine Wohnung leer ist und aus welchem Grund ein Wohnungsbesitzer herausgezogen werden darf. Dazu soll die Mietseinsigungssämtler bestreiten.

Staatsr. Grabow: Es handelt sich hier nicht mehr um den Antrag Randal, sondern um einen Beschuß der Wohnungscommission. Die Wohnungsnot kann allerdings durch Mietseinsigungssämt



## Anzeigen

### Stadt. Schauspielhaus Memel.

Sonntags, abends 7½ Uhr: *Gum. 3. Male. Was werden die Leute sagen??* Lustspiel in 3 Akten von Immanuel u. Schwarz. Sonntag, nachm. 3½ Uhr: Kindervorstellung zu halben Preisen. *Aischenbrödel oder der goldene Pantoffel*, ein Märchenstück in 6 Bildern von Görner. Abends 7½ Uhr: *Glaube und Heimat*, die Tragödie eines Volkes in 8 Akten von Karl Schönheit.

Kostenstunden, auch Sonnags, vormittags von 11—1 und nachmittags (außer Montag) von 4—5 Uhr.

### Blaue Diele

#### II. Februar-Spielplan.

II. a.: **Hany May**  
Vortragkünstlerin.  
**Marga Caléen**  
Soubrette.  
**Ria Stahl**  
Konzert-Sängerin  
der Wiener Staatsoper.  
**Karen Joensen**  
Kunsttänzerin.  
**Harry Malten**  
Stimmungs-Kanone  
Chansonnier  
Theaterdarsteller.  
**H. & Goet Janson**  
Kunsttänzerpaar  
vom Tauenkuvalast  
Berlin.  
Am Flügel: **Meyer**.  
**Kammermusiktrio**  
Kahlau-Est, Klein, Meyer.

Wer erzieht einen jungen Mann gründlichen Unterricht in Deutsch.

Öfferten mit Preisangabe um 922 an die Exp. d. Bl. Ich nehme die Herren Meisterschmeister Franz Block in Memel, Bolangenstraße 31, angefügte Beledigung als nicht den Tatächsen entsprechend mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Biebhändler

**Hermann Gronau**

Memel, Bolangenstraße 24.

Rasierer und Haarschneiden außer dem Hause bedient prompt und sauber. Off. u. 930 an d. Exped. d. Bl.

Guten, jungen Zuchtheber zum Deden junger Schweine hat Besitzer Wannags, Grumbel.

**Biete an**

Würz-Zucker

Kaffee

Weizenkörner

Bl. Kaffee

gebr. Kaffee

Bolkeris

weiße Bohnen

weiße Erbsen

Haferflocken

Kalmus

Margarine

Marmelade

grüne Seife

Riegelseife

Brot

K. A. Seifenpulver

amer. Petroleum

Öl 7,50

**G. A. Schulz**,  
Fab. 8. Wilke.

**Kainit u. Kali**

waggonweise u. ausgewogen empfiehlt

**A. Schwermer**,  
Tel. 521. Fried. Wilh.-Str. 2.

200 Kanometer

**Brennholz**,

Birken- und Fichten-Rollen, hat zu verkaufen und bietet um Bestellungen

Gutsverwaltung Bauaufsicht, 2. Blätter, Hermann Blätter Nr. 5.

Eine gut freibereitend Schreibmaschine

(N. Reiseformat) preiswert zu vert. Belieferung 1½—3 Uhr nachm. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

**Pelz**,

schw. Lammfell, Bisamkragen, blauer Bezug sehr preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Rotationsdruck u. Verlag von G. M. Siebert in Memel. Herausgegeben für Politik und Volkswirtschaft Carl Aug. Schäffler. Für das Urtheil Robert Gubitz, für Interessen ...

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen an

**Richard Steppath und Frau.**

Memel, den 17. Februar 1921.

### Danksagung.

Für die überaus herzlichen Beweise der Teilnahme, sowie für die vielen Blumenspenden beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, meines teuren Vaters, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie Herrn Pfarrer Große für die trostreichen Worte am Sarge innigsten Dank.

Emma Wilk u. Tochter.

Schmalenkingen-Endruszen, im Februar 1921.

Am 17. d. Mts. entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter, braver Sohn, unser herzensguter Bruder, Schwager und Onkel,

### der Kaufmann

**Franz Michaelis**,

Inhaber des Eisernen Kreuzes, im fast vollendeten 29. Lebensjahr.

Dieses zeigen in tiefer Trauer an

**Die tiefgebeugte Mutter, Geschwister u. Anverwandte.**

Wensken, den 17. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Freunde und Bekannte, die dem Verstorbenen das letzte Geleit geben wollen, sind herzlich eingeladen.

### Stadt. Schauspielhaus.

In Vorbereitung:

#### Neuheit

**Jettchen Gebert**,

Schauspiel in 5 Akten von Georg Hermann.



### Memeler Radfahrer-Club E. V.

Samstagabend, den 19. Februar, abends 7½ Uhr:

#### Winterfest

im Schützenhaus.

Aufführungen, Konzert, Theater, Kunstabende, Tanz. — Eintrittskarten nur gegen Einladung bei Krüger & Oberbeck und L. Buddrick & Co.

Der Vorstand.

### Victoria-Saal.

Sonntag, den 20. d. Mts.:

### Grosser Gesellschaftsball.

Antang 4 Uhr. Eintritt 6 Mk.

### Deutsch-Litauischer Heimatbund (E. B.)

Kreisverein Memel.

### Volksversammlungen

am Montag, den 21. Februar 1921, abends 5 Uhr, im Gasthaus Karnowsky Nimmersatt, am Dienstag, den 22. Februar 1921, nachm. 4 Uhr, im Gasthaus Dinwethen.

Redner: Bundessekretär Schmidt-Memel. Thema: Was wir wollen.

Der Bundesvorstand.

### Sportverein Memel E. V.

Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in der städtischen Turnhalle:

### Beginn des Boxkursus.

Teilnehmer können sich noch dagegen melden.

### Heute Rinderfleck

Garnhofsrestaurant.

### Memel - Hamburg

wird Ende nächster Woche

### Dampfer „Jacoba“

expediert. Anmeldungen von Gütern nimmt entgegen

### Eduard Krause,

Börse.

Tel. 3 und 121.

Nach langem, schwerem, mit Geduld getragenem Leid trafen uns heute, um 9½ Uhr vorm., der unerbittliche Tod unsern herzensguten, unvergesslichen Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den Rentier

### Michael Labrenz

im 64. Lebensjahr, was hiermit tief betrübt anzeigen

die trauernden Hinterbliebenen

**Willy Labrenz**,

**Anna Abendroth**, geb. Labrenz,

**Martha Alkewitz**, geb. Labrenz,

**Anna Labrenz**, geb. Bundels,

**Fritz Abendroth**,

**Hermann Alkewitz**,

**Erika Heinz**

**Ilse Helmut** als Großkinder.

Krucken-Görge, den 17. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. Mts., um 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

### Kammer - Licht - Spiele

vom 18.—21. Februar 1921:

### Das Geheimnis von Bombay

#### Das Abenteuer einer Nacht,

Sensationsfilm

mit:

Lili Dagover, Conradt Veldt, Anton Edhofer, Bernhard Götzke, Lewis W. Brody, Nien-Sün-Ling.

### Die Eisbärjagd.

5, 7½

Beiprogramm.

5, 7½

### Achtung! Achtung!

### Geschäftseröffnung.

Habe in Memel, Fischerstr. 11 (Union-Halle) ein

### Konfitürengeschäft

eröffnet. Zum Verkauf gelangen ausschließlich Ereignisse der ersten litauischen Bonbonfabrik „Birute“ in Schaulen.

Beliebteste u. beliebteste echte russ. Konfitüren.

Sehr billige Preise. Wiederverkäufer Sonderpreise.

Großverkauf.

kleinverkauf.

Hochachtungsvoll

kleinverkauf.

großverkauf.

</

# Beilage des Memeler Dampfboots

1. 42. es 73. Jahrgang

Memeler und Grenz-Zeitung

Sonnabend, den 19. Februar 1921

## Staatsrat für das Memelgebiet

(Bollstung vom 17. Februar 1921)

Am Donnerstag hielt, wie bereits berichtet, der Staatsrat für das Memelgebiet im Gebäude der Präfektur eine Sitzung ab, zu der Mitglieder erschienen waren. Anwesend waren ferner vom Landesdirektorium Präsident Altenberg, Vizepräsident Wedel und Landesdirektor Gahedank, Wobies und Reidus. Als Vertreter des Präfekten wohnte Hauptmann Baroche der Sitzung bei.

Der Vorsitzende, Vizepräsident des Staatsrats Kraus eröffnete die Sitzung im Jahre 1921, wobei er daran erinnerte, daß das Memelgebiet jetzt über ein Jahr vom alten Österreich abgetrennt sei und daß wir eigentlich noch in der Luft schwaben. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerungsbehörde und der Bevölkerung des Memelgebietes könne objektiv betrachtet, als ein recht gutes bezeichnet werden, so wie haben den Wunsch, daß dieses Verhältnis auch weiterhin so bleibt. Weiter ist es unsere Pflicht, den Männern unseres Landes möglich zu machen, die sich dafür eingesetzt haben, daß es möglich geworden ist, die Staatsmaschine in Gang zu bringen. Dann haben wir uns zum Ausdruck zu bringen, daß es recht bald gegeben möge, zu erfahren, was aus uns wird, ob es endlich aus dem Schmelzstand herauskommen kann.

Unterdrückt einer mehrmals gemachten Aufforderung, daß das Memelgebiet ein Freistaat wird oder werden soll und daß vor allem Memelgebiet das werden muß, was es dank seiner vorzüglichen geographischen Lage und seinem antiken Hafen werden kann, sei dies zu erwarten. Der Staatsrat sei ein Wirtschaftsparlament und wir müssen beweisen, daß wir in der Lage sind, uns selbst wirtschaftlich zu verwöhnen und die Mittel aufzubringen können, um die Staatsmaschine in Gang zu halten.

Dann machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß Generallandesdirektor Scheu sein Amt im Staatsrat niedergelegt habe. Es steht zu bedauern, daß Herr Scheu nicht mehr mit uns mitarbeiten kann. Es sei nun Sache der Landwirtschaftskammer, dem Staatsrat neuen Vertreter zu präsentieren. Durch den Rücktritt Scheu's und die Stelle des abweichen Vizepräsidenten frei geworden, ein und der jedoch noch nicht auf der Tagesordnung steht.

### Wahl der Mitglieder der Verwaltungskommission

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl der Mitglieder des Stellvertreter in die für das Memelgebiet zu schaffende oberste Steuerberufungskommission. Präsident Altenberg sprach darauf hin, daß es notwendig sei, daß in der Kommission Angehörige der Hauptherrschaft des Gebiets vertreten seien und daß auch die einzelnen Teile des Gebiets zu ihrem Recht kommen. — Die Wahl entschied nicht logisch, um Zeit zu Vorbesprechungen zu geben. Sie erfolgte später im Laufe der Sitzung; gewählt wurden als Mitglieder der Herren Kraus, Subr. Müller-Widowill, Hilgendorff, Kislath, als Stellvertreter die Herren Raithal, Hall, Amelius-Galten, Brokatis und Riedel.

Es lagen sodann dem Staatsrat eine Reihe von Beschlüssen der Kommission vor. Über den Beschluß der Kommission I stand einstimmig angenommen.

### Aenderung des Kommunalabgabengesetzes

Präsident Altenberg erklärte, daß wenn das neue Gesetz in Kraft die Bestimmung von 1891 betreffend das Kommunalsteuerprivilegium der Beamten nicht aufgehoben sei, die Bestimmung heute noch und die Frage, ob das Privilegium aufrechterhalten sollte, müsse Gegenstand einer besonderen Erörterung sein. Präsident Altenberg führte aus, daß das Landesdirektorium seit längerer Zeit den Beschluß getroffen habe, daß Beamtenprivileg wie das Steuerprivilegium für Geistliche aufzuheben. Dieser Entschluß ließ auszeit beim Präfekten, man wird hoffen können, daß Entschluß und Genehmigung bald erfolgen werde.

Präsident Hansen teilte mit, daß die Beamten sich mit einer Anfrage an den Präfekten und Gouverneur in dieser Sache gemacht hatten, und darauf habe der Gouverneur angeordnet, daß diese Frage einer besonderen Kommission behandelt werden solle.

Landesdirektor Reidus wies darauf hin, daß mit der Aufhebung des Privilegs für die Beamten das Steuerprivilegium der Volksküche hand in Hand gehe. Außerdem in Preußen das Steuerprivilegium aufgehoben worden sei, habe es auch hier zu geschehen. Besonders der Geistlichkeit habe das Landesdirektorium den Standpunkt eingenommen, daß die Aufhebung des Steuerprivileg ertzt dann stattfinden könne, wenn das neue Beladungsgesetz durchgeführt worden sei, was erst im Frühjahr oder Sommer der Fall sein werde. Dann solle auch dieses Steuerprivilegium fallen. Zurzeit zählen die Geistlichen des Memelgebietes erhebliche Steuern dadurch, daß das Gehalt von der preußischen Landeskirche geahndet wird und ihnen 10 Prozent Steuer abgesogen werden. Deswegen sollen besondere Verhandlungen geflossen werden.

## Das Wasser kommt!

Roman von Arthur Windler-Tannenberg.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ganz neue Vorkehrungen galt es zu treffen und gebieterisch sollen seine Anweisungen durch Haus und Hof.

Die Knechte und die Magde flögen.

„Das Bieh von den Ketten los!“

Mari hörte das Rasseln und Klängen im Stall.

„Die Pferde angeschlirkt. — Vor zwei Wagen, je vierspannig!

Vielleicht müssen wir steil bergauf und die Wiese ist weich wie Brei!“

Die Knechte gingen ans Werk und bald standen zwei Wagen im Hofe.

Bitternd, ratlos kam die Bäuerin daher.

Mutter, es wird bitter ernst diesmal. Packt zusammen, was du sicher haben willst!“

„Allmächtiger Gott, Vater!“ Mehr brachte sie nicht heraus.

Zugleich und die Leute ihr Bestes zusammentrafen. Alles auf die Wagen. Wenn die Blut erst Stämme herunterbringt, hält nichts mehr Stand!“

Toni führte die Mutter davon und richtete des Vaters Befehle

die Peine aus.

Der Bauer selbst ging an den Schreibtisch. Mehrere dicke Kuppen nahm er heraus und schnürte sie zusammen, den Geldkasten ließ er auf den Tisch.

Ein Bote aus dem Unterhöfe stürzte herein.

„Am Weidestein ist eine Scheune zusammengebrochen.“

„Ich kann sie nicht halten!“

„Im Pfarrhof stehen die Kühe im Wasser. Bis über'n Bauch!“

„Warum habt Ihr sie nicht rechtzeitig losgemacht?“

Der Kleine, der Häusler, mit Frau und Kindern, die sitzen auf dem Strohdach — und schreien nach Hilfe!“

„Und da kommt Ihr erst zu mir? Sakra! — Soll ich für alle büßen? Der Bäcker soll die Spritzen mehr zusammenblasen, läßt die Kirchenglocken läuten. — Die nicht in Gefahr sind, können kommen und helfen!“

Ein Bauernhub und endlich kam dahergeprescht.

„Schultheiß, das Spritzenhaus ist weg!“

Und so drängte es von allen Seiten auf ihn ein.

Er gab Anweisungen und mußte zeitweise die eigene Not verlassen.

„Bleib und erschrocken kam jetzt Toni herein:“

„Vater, die Leute sagen, daß Holzscheibenhaus ist fortgerissen,“

„— wenn er, wenn Werner tot ist!“ Sie zitterte und fiel in einen Stuhl. Wild und kriege sie: „Vater, hilf ihm!“

Da wurde der Alte wütend.

Präsident Altenberg: Die Rechtsverhältnisse liegen so, daß in Deutschland eine Einheitskommunale erhoben wird, mit Hilfe der auch die Bedürfnisse der Gemeinden gedeckt werden. In Deutschland ist das Beamtenprivileg, wie das der Geistlichen und Lehrer vorliegen. Im Memelgebiet wird eine Staatskommunale erhoben, so der Anschlag kommt. Das, was in Deutschland als Staatskommunale erhoben wird, deckt sich mit dem, was wir im Memelgebiet als Staatskommunale und Gemeindeverwaltung erhoben. Es kommen also dieselben Gesichtspunkte in Betracht. Das Beamtenprivileg fortfällt, ist nicht ungerechtfertigt.

Staatsrat Brokattis erklärte, in der Kommission nicht so recht im Bild gewesen zu sein und stellte eine Anfrage über die Bestimmung, welche das Verhältnis der Provinziale der Gemeindekommunaleverwaltung und der Realverwaltung regelt.

Staatsrat Grabow teilte hiermit mit, daß die betreffende Bestimmung lediglich den Zweck habe, die Gemeinden von einer Art zu befreien, damit sie in der Lage seien, ungehindert die Anschläge festzulegen.

Im Verlauf der weiteren Debatte gab auch Präsident Altenberg weitere Ausführungen zu diesem Punkt.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

### Ablaufnahme der Großhändlerlaubnis

Staatsrat Raithal teilte mit, daß die Kommission I beschlossen habe, den Staatsrat zu bitten, die Großhändlerlaubnis anzubauen mit der Maßgabe, daß Großhändler nur handelsgerichtlich eingetragene Firmen treiben dürfen. Das Gericht ist verpflichtet, dem Magistrat und den aufständigen Kreisaußenstellen von jeder Eintragung Wissens zu machen. Gleichzeitig teilte Staatsrat Raithal mit, daß die Handelskammer den Eintritt einer Vorburg über die Handelsgenehmigung im Memelgebiet vorbereitet habe.

Präsident Altenberg erklärte, daß sich die Kommission lediglich mit der Aufhebung der Großhändlerlaubnis beschäftigt habe, außerdem wurde beschlossen, daß Strafbestimmungen festzulegen seien.

Vizepräsident Kraus steht auf dem Standpunkt, daß der Entwurf der Handelskammer dem Landesdirektorium zur Bearbeitung zu überweisen ist.

Der Beschuß der Kommission I wird einstimmig angenommen.

### Erhöhung der Salzgelder usw.

Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kommission beschlossen habe, dem Landesdirektorium diese Vorlage noch einmal zur Bearbeitung zurückzuerufen.

Präsident Altenberg gab eine kurze Geschichte der Vorlage, mit der man sie bereits seit längerem beschäftigte. Zuerst waren die Erhöhungen der Salzgelder in Prozenten vorgesehen und zwar im Brüderchen von 250 bis 900 Prozent an den jeweiligen Salzgeldbuden. In der Kommission war man der Meinung, daß es nicht gut sei, dies im Taxif zu festzulegen, da dieser so in anderen Salzgeldern einen etwas eindrucksvollen Eindruck erwecken könnte. Daher stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, es müsse von Seiten des Landesdirektoriums ein Tarifvertrag ausgearbeitet werden, in den die Provinziale gleich hinzugefügt seien. Wider Erwartung sei es jedoch nicht möglich gewesen, die Vorlage schon fertigzustellen, da sie noch nicht einer Interessentenkommission vorzulegen habe. Deswegen sei es am besten, die Sache vorerst noch auszustellen, um mit den Interessenten nochmals zusammenzutreffen zu können. Durch die DINABU-Bekanntmachung erlebt allerdings das Gebiet Verluste. Es wäre unzinsendens, daß die neuen Tarife schon am 1. März in Kraft treten könnten. Der alte Tarif habe für Handelsdampfer und Seetiere pro Kubikmeter Netto-Naumburgsatz 12 Pfennige vorgesehen, in Ballast 6 Pf. vongeschlagen sei ein Tenerungssatz von 250 Prozent, dann werden sich statt 12,42 statt 6,21 Pf. bei Schiffen derart der Tarif früher 10, jetzt 25 Pf., in Ballast früher 5, jetzt 17,5 Pf. Die Sätze scheinen nicht so hoch, so daß man sie wohl abgrenzen könnte. Edens seien bei Birkenfahrtssätzen von 2 Pf. (jetzt 7 Pf.), mit Ballast früher 1 Pf. jetzt 4 Pf. vorgesehen.

Staatsrat Raithal wies darauf hin, daß an den Eßen weniger die kleinen Steuerer, als die auswärtigen, die mit ihren Schiffen nach Memel kommen. Interesse habe. Die Eßen dürften unter keinen Umständen höher sein, wie in Königsberg, Danzig usw. Von 1000 bis 2000 Tonnen-Dampfern handle es sich übrigens nicht um geringfügige Beträge, zumal dies nur die Salzgelder seien und die Schiffe noch zahlreiche andere Kosten zu tragen haben.

Staatsrat Grabow tritt dafür ein, daß der Satz von 17,5 Pf. der leichteren Berechnung halber, moran auch die Stadt Memel Interesse habe, abgerundet werde.

Präsident Altenberg folgte einer Abstimmung auf 18 Pf. von statt 17,5, und wies weiter darauf hin, daß außer diesen Sätzen noch zwei weitere Gebühren in Frage kommen, das Gründungs-, das für einen Rentner statt 30 Pf. 8 Pf. betragen soll. Für große Fässer bei Schiffen für je 50 kg 3 Pf., zum Geben von anderen Fässern bis 1000 kg 0,60 Pf. (für 50 kg). Die Sätze scheinen sich mit der Größe der Fässer, so daß eine Last von 10.000 kg = 20 Rentner 200 Pf. zu zahlen haben würden. Bei solchen großen Fässern handele es sich um Zwischenfälle und sonstige große Stücke, die ja allerdings selten vor-

kommen. Daß kommt das Brüderchen, wobei allerdings nur die Drehbrücke in Frage komme. Es erhöht sich das Brüderchen von bisher 10 bis 50 Pf. auf 1 Mark bis 5 Mark von jedem Fahrzeug bis entsprechend dem Naumburgsatz mehr.

Die Vorlage wird gemäß dem Antrag des Referenten an das Landesdirektorium verwiesen.

### Herauslegung der Ausfuhrgebühr für Vieh

Über den Beschuß der Kommission II (Landwirtschaft und Forsten) referierte Staatsrat Brokattis: Zurzeit werden für Arbeits- und Luxusvieh 1000 Pf. Ausfuhrgebühr, für Schlachtvieh 100 Pf. Ausfuhrgebühr vom Memelgebiet nach Deutschland erhoben. Die Landwirtschaftskammer ist für eine Herauslegung dieser Gebühren eingetreten. Wir ziehen viel mehr Vieh als wir brauchen und sind die Ausfuhr angewiesen. Sowohl der kleine wie der größere Grundbesitz werden durch diesen hohen Zoll betroffen. Der gegenwärtige Satz von 1000 Mark ist als unerträglich für die Landwirtschaft und schädigend für die Staatskasse angesehen werden. Die hohe Ausfuhrgebühr vermindert das Interesse für die Aufzucht und den Viehzug und fördert außerdem den Schmuggel. Die wirtschaftlichen Einnahmen der Landwirtschaft geben zurück, aber auch die erhöhten Einnahmen für die Staatskasse kommen nicht. Es ist sowohl der Landwirtschaft wie dem Allgemeinwohl damit dienlich, wenn eine erträgliche, normale Ausfuhrgebühr festgesetzt wird. Die Kommission und die anwesenden Sachverständigen schlagen daher vor, der Staatsrat solle beschließen, daß die Ausfuhr von Kühen bis zu einem gewissen Alter ohne Gebühr erfolgt, für ältere Vieh ist eine Ausfuhrgebühr von 200 Mark erforderlich und an die Staatskasse abgeführt werden. Zur Begründung des Antrages führt die Referent noch aus, daß es schwer zu unterscheiden sei, was Luxus- und was Arbeitsvieh seien. Wollte man einen Preis von 10.000 Pf. festsetzen, und diese Vieh dann als Luxusvieh bezeichnen, wer gibt uns Garantie, daß ein solcher Preis dann richtig angegeben wird? Wir würden höchstens den Schmuggel begünstigen und die Staatskasse würde keinen Nutzen haben. Es ist sogar der Fall zu denken, daß ein Händler ein Vieh auf eine feste Zeit kaufen und als Schlachtvieh ausführen, während es in Wirklichkeit bald wieder ein kostloses Luxusvieh sei.

Staatsrat Pannars fragt an, weshalb Vieh kein Ausfuhrrecht werden soll.

Der Vorsitzende erklärte, dies sei unbedingt notwendig, denn die Viehbestellung sei sehr teuer geworden.

Landesdirektor Gahedank erklärte, daß es für Vieh einen Gebührensatz gebe und die Viehdienste vom Amtsgericht bestimmt werden. Auch seien Vieh unter drei Jahren an den Jägern leicht zu erkennen.

Staatsrat Kislath hält die Freilassung von Viehen unter zweihundert Jahren für eine besondere Vergünstigung für den Großgrundbesitzer und hat, daß auch den Fossen eine Ausfuhrsteuer auferlegt werden möge.

Landesdirektor Gahedank führt aus, daß der Kleingrundbesitzer der Sanitätsbeamten sei, es sei allgemein üblich, die jungen Viehe zu verkaufen. Er glaubt kaum, daß von den Großgrundbesitzern viel Vieh verkauft werden, die diese Steuerfreiheit gewinnen.

Staatsrat Meissiges: Gerade in den Händen des Kleingrundbesitzers ist die Viehdienst.

Staatsrat Kislath bleibt bei seiner Aussicht, der Kleingrundbesitzer nicht Vieh exportieren. Er möchte bis zu einem Jahr und verlängere sie dann an den Großgrundbesitzer. Dieser verläufe dann diese Vieh.

Staatsrat Waldhüs glaubt nicht, daß die Steuer nur die Händler zu tragen haben. Die Großgrundbesitzer kaufen nicht nur einfache, sondern auch zweijährige Vieh. Er glaubt nicht, daß wir im Memelgebiet Güter haben, die Vieh aufzuladen, um sie dann später zu verkaufen.

Staatsrat Kortes: Diese Fragen kann nur derzeitige beamteten, der sie direkt besitzt. Das Aufziehen von Vieh verlangt eine besondere Mühe und ich bin gerade der Überzeugung, daß sich die kleinen Besitzer dieser Mühe unterziehen. Doch habe Kenntnis davon, wenn er sage, daß nach einem Jahr gewöhnlich die kleinen Fossen eingehandelt werden und der Großgrundbesitzer nachdem daraus seinen Vorteil ziehe. Wir könnten jedoch dies nicht so scharf kontrollieren. Wir müßten an einem einheitlichen Satz festhalten, um dem Schiebern vorzubeugen.

Staatsrat Brokattis weiß nicht, aus welchem Grund man gegen den Großgrundbesitzer Sturm laufe. Verschiedene Ansprüche hätten mit 800 Mark angefangen und seien heute Großgrundbesitzer geworden. Sie wirtschaften ganz gut und er wisse nicht, weshalb man den Großgrundbesitzer besonders belasten sollte. Belastet man die jungen Viehbesitzer so stark, dann ist der Großgrundbesitzer nicht in der Lage, vom kleinen Besitzer Vieh zu kaufen.

Der Antrag der Kommission wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

(Fortsetzung des Berichts im Sonntagsblatt)

„Das soll Ihnen Gott vergelten, Herr Hardt, wenn Sie's wirklich tun. Aber wenn's ein Menschenleben gefosset hat —“

„Den Philipp?“ fragte der Schultheiß.

Frau Lemke schüttelte den Kopf.

„Der nich, der nich! Der war gar nich im Hause. Und wenn er gewesen wäre, der reicht ne Wand ein, wenn er nich mehr zur Tür raus kann. Der nich, der nich!“

„Wer denn? Sie denken doch nicht, daß ein junger kräftiger Mann von gesunden Sinnen warten könnte, bis die Bude einsällt? — Na, so dumm!“

Die Frau sah scher in die

# Sind Lungenleiden heilbar?

kept-Tuberkulose, Schwinducht, Lungenspitzenstarrr, veralteter Husten, Verschleimung, lange bestehender Heiserkeit leiden und bisher keine Heilung fanden. Alle derartige Kranke erhalten von uns ein Buch mit Abbildungen aus der Feder eines bekannten Arztes über das Thema: „Sind Lungenleiden heilbar?“ Um jedem Kranken Gelegenheit zu geben, sich Aufklärung über die Art ihres Leidens zu verschaffen, haben wir uns entschlossen, jedem dieses Buch vollständig umsonst zu übersenden. Man schreibe nur eine Postkarte an Puhlmann & Co., Berlin 330, Müggelstraße 25 a.

# Wir beweisen

unsere Leistungsfähigkeit bei Engros-Lieferung  
von Zigarren, Zigaretten u. Tabaken.

Machen Sie bitte einen Versuch.

Zigarren- und Tabak-Ein- und Ausfuhr, Marktstr. 14.

# Viehverwertung für Auslandsvieh!

Meister Fleischmeister haben unter der untenstehenden Firma eine Genossenschaft gegründet. Diese Firma kaufte im Memelland jeden Posten.

## Schlachtvieh u. Schweine

mit Ausfuhrerlaubnis zu höchsten Tagespreisen. Offerten bitte zu richten an die

Geschäftsstelle Tilsit, Angerpromenade 11, Tel. 980.

Kinäuser: Ferdinand Weischwill, Mittelstr. 11, Tel. 1014.

Verwertungsgenossenschaft für Auslandsvieh, e. G. m. b. H., Tilsit.

## I Lokomobile

fahrbare oder stationäre, nach Belieben des Käufers, 65/90 PS, mit 2 großen schweren Schwungrädern, fast wie neu, Fabrikat Robey, ca. 27 qm Fläche, mit voller Garantie, sofort preiswert lieferbar.

Beide Maschinen eignen sich vorzüglich für Sägewerke, Ziegeleien, Elektrizität- und Wasserkarre. Landw. Maschinenfabrik.

## WITT & SVENDSEN,

Königsberg Pr. 12.

Anfragen an unsere dortige Vertretung Firma Ruffmann & Co., Libauerstr. 33, Telefon 21.

## Prima Schuhwaren

zu billigen Preisen verkauft

W. Loerges, Theaterplatz.

Beförderung angenehm.

## Um schnell zu räumen

verkaufe ich im Laden Libauerstr. 20, vorm. Janowsky,  
große Posten Parfümerien, Seifen, Kämme, Haarspangen, Rasiermesser, Kopf- und Zahnbürsten, Scheren, Stöcke usw.  
bis 50 Prozent unter Preis. Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer. M. Wallucks.

## Feldbahngleis, Staatsbahnschienen, Drahtstifte

zum Export einf. ausl. Station empfiehlt

Erich Modler, Königsberg Pr., Luisenallee 54, Telefon 843.

## Wiesenheu,

aus feine trockne Ware, liefern ich in Waggonsladungen stets prompt und zu Tagespreisen.

Samuel Foth, Memel, Grabenstraße 6.

## Herrenpelz

zu belieben. Zu erzeugen in der Exped. d. Bl.

## Salon-Spiegel

mit Glase zu verkaufen

Polangenstr. 31.

### Achtung!

Herrenschuhe besohlen 42,50, Damenschuhe 32,50, K. Schulz, Polangenstr. 3.

## Stuttgarter Lebensversicherungsbank L. & C. ALTE STUTTGARTER

Größte europ. Lebensversicherungs-gesellschaft a. Gegense.

Neue Anträge 1920. 676 Millionen Mark Bankvermögen . . . 700 Millionen Mark Versicherungsbestand 2 Milliarden Mark

Auktionsort in Memel Ed. Crookshanks, Alexanderstraße 14 a.

Für weitere Informationen rufen Sie uns an.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank L. & C.

Memel, Alexanderstraße 14 a.

Telefon 21.

Telex 21.